

Antworten der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Milchmarkt-Gemeinsame Marktordnung

1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den EU-Milchmarkt wieder in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen und damit zur umgehenden Behebung der Milchmarktkrise beizutragen?
2. Der BDM e.V. hat mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept einen Vorschlag zur Verhinderung dieser sich regelmäßig wiederholenden, massiven Milchmarktkrise vorgelegt. Dieser wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen?
3. Die EU-Kommission geht laut einer kürzlich veröffentlichten Verlautbarung von einem möglichen Milchpreisniveau zwischen 32 und 34 Cent bis 2020 aus. Erst danach könnte sich ein Milcherzeugerpreis von über 35 Cent je Kilogramm einstellen. Sieht Ihre Partei ein solches Milchpreisniveau für realistisch und ausreichend an, die Milchviehhaltung in unserem Bundesland zu halten?
4. Laut den Ergebnissen der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamtes besteht ein markantes Marktmachtgefälle zu Ungunsten der Milchviehhalter, besonders im genossenschaftlichen Bereich. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie diesem untragbaren Zustand abgeholfen werden kann?

Die Fragen 1 bis 4 werden im Verbund beantwortet.

Die Milchindustrie erlebt die inzwischen dritte Krise innerhalb der letzten sechs Jahre. Um mehr als 40% sind die Erzeugerpreise gesunken; die Kosten sind inzwischen doppelt so hoch wie der Erlös für Milch. Mit Auslaufen der Milchquote breitete sich die Milchproduktion in der EU massiv aus. Die Binnennachfrage blieb aber nahezu unverändert. Das derzeitig vorherrschende Sicherheitsnetz genügt nicht, um den Milchmarkt wieder zu stabilisieren. Ein Umdenken in der Agrarpolitik ist notwendig; weg von der Exportorientierung, hin zur Förderung regionaler Erzeugnisse. DIE LINKE unterstützt das Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept des BDM und steht darüber hinaus für einen Mindestpreis für Milch ein. Ebenso setzt sich DIE LINKE für die Gewährung von steuerfreien Rücklagen zur Risikovorsorge ein. (siehe dazu auch Landtagsdrucksache Sachsen-Anhalt 6/4351)

Um Marktmachtgefällen entgegen zu wirken, ist die Differenzierung der Flächenprämien nach Marktfrucht- und Veredlungsbetrieben denkbar. Dies könnte zu einer Stärkung der Milchproduzenten führen. Eine vorrangige Förderung im Bereich der Veredlungsproduktion, der regionalen Direktvermarktung und des Ausbaues von Erzeugerketten entspricht in diesem Zusammenhang LINKEN Vorstellungen. Dabei setzen wir uns für eine gezielte Investitionsförderung zur Aufwertung der Grünlandstandorte in Sachsen-Anhalt ein.

Gemeinsame EU-Agrarpolitik – Halbzeitbewertung 2017

1. Wie steht ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?
2. Wie steht ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?
3. Wie steht ihre Partei zu Überlegungen die Bezahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?
4. Wie steht ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?

Die Fragen 1 bis 4 werden im Verbund beantwortet.

Die derzeitige Praxis, die ersten Hektar erhöht zu fördern, stellt einen Kompromiss dar. Ziel war es, Wettbewerbsvorteile abzumildern, indem mit Hilfe von öffentlichen Mitteln ein wirtschaftlicher Ausgleich von kleinen gegenüber größeren Agrarunternehmen geschaffen wurde.

DIE LINKE lehnt eine differenzierte Förderung und damit eine Besserstellung kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe ab. Viel stärker ist der Faktor Arbeit (Einkommen im ländlichen Raum), regionale Wertschöpfung und die Leistung der Landwirtschaft für Biodiversität und Nachhaltigkeit zu fördern. Um diesem Ziel gerecht zu werden, ist es aus Sicht der LINKEN unumgänglich, vermehrt Mittel von der ersten in die zweite Säule umzuschichten. Damit würden auch stärker die gesellschaftlich notwendigen Leistungen der Landwirtschaft honoriert. Arbeit, Einkommen, wirtschaftliche und soziale Existenzsicherheit sind neben dem nachhaltigen Erhalt unserer natürlichen Lebensbedingungen im ländlichen Raum das grundlegende gesellschaftliche Ziel der LINKEN.

Freihandelsabkommen (Ceta, TTIP u.a.)

1. Wie steht ihre Partei zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA beziehungsweise auch mit anderen Ländern?

DIE LINKE lehnt Freihandelsabkommen wie Ceta und TTIP ab.

2. Kann sich ihre Partei vorstellen, die Landwirtschaft aus den jeweiligen Verhandlungen auszuklammern?

Da DIE LINKE die Verhandlungen in Gänze ablehnt, erübrigt sich diese Frage.

Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene

1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?

Der Schutz der Wasserqualität sollte im Zentrum der Überlegungen stehen. So muss der Nährstoffeintrag in Grund- und Oberflächengewässer verringert werden und Obergrenzen für die Aufbringung von Wirtschaftsdünger in der Landwirtschaft festgelegt werden.

2. Sieht ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?

Eine Herkunftsbezeichnung, die zu einem hohen Maß an Transparenz für den Endverbraucher/ die Endverbraucherin führt, begrüßt DIE LINKE ausdrücklich.

3. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft stellte Handlungsbedarf bei der Nutztierhaltung fest. Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf im Sinne des Gutachtens, wenn ja, welche Vorstellungen zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltungssysteme hat Ihre Partei?

Die bisherigen Ausgaben für tierwohlbezogene Maßnahmen im Rahmen der zweiten Säule sind äußerst gering im Vergleich zu den Kosten, die mit einer deutlichen Erhöhung des Tierwohlniveaus einhergehen. Die Mittel für Tierschutzmaßnahmen in der zweiten Säule sollten deshalb deutlich aufgestockt werden.